

18. Februar 2020

Albrecht Triller
Erich-Weinert-Straße 1
16227 Eberswalde

Einwohnerfrage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 18.02.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie schon in den letzten Ausschusssitzungen im Februar äußern sich Mitglieder der Offenen Gruppe „Recht auf Stadt“ zur städtischen Absicht der Bebauung der Friedrich – Ebert – Straße Süd, um die besondere Aufmerksamkeit aller Abgeordneten auf dieses Thema zu richten und sie zu einer gründlichen Abwägung dieses Planes aufzufordern.

Gerade die Mitglieder dieses Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen sind besonders gefordert, in dieser Sache für eine verantwortungsbewusste Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu wirken.

Bei der Bebauung dieser Fläche geht es in erster Linie um die Aufgabe, das innerstädtische Klima von Eberswalde zu erhalten, das durch die drohende Klimakatastrophe besonders gefährdet ist.

Leider werden die diesbezüglichen Gefahren durch viele Abgeordnete verkannt. Sie meinen vielmehr, dass die Wiederherstellung der Innenstadt nach dem Grundriss der Stadt von 1900 zu einer Belebung des Stadtzentrums führen könnte. Doch mit der Beseitigung der Kriegsschäden, die deutsche Bomber 1945 bewirkt haben, werden die städtebaulichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 100 Jahre nicht aufgehoben. Es gilt deshalb, unter Beachtung dieser Entwicklungen ein neues Konzept der Innenstadtentwicklung zu erstellen.

Gerade der Wirtschafts- und Finanzausschuss wird erkennen, dass die weitere Versiegelung innerstädtischer Flächen zu einer Beeinträchtigung des Stadtklimas führen wird. Gerade der Wirtschafts- und Finanzausschuss wird aus der weiteren Bebauung der Innenstadt keine „Belebung“ und keine „Erhöhung der Umsätze“ erwarten, sondern erkennen, dass dies nur zu einer innerstädtischen Umverteilung und zunehmenden Leerständen führen wird. Sicher wird nur sein, dass der ökologische Charakter der Waldstadt Eberswalde verloren geht.

Aus diesen Gründen appelliere ich auch und gerade in diesem Ausschuss an alle Mitglieder, nicht zuzulassen, dass mit der Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd der Stadt Eberswalde Schaden zugefügt wird.

